



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 11055 Berlin

Herrn
Gerd Bollmann, MdB
Deutscher Bundestag
11011 Berlin

Postaustausch

Aktenzeichen: Kab.-Parl. Referat
Berlin, 23. Juni 2010
Seite 1 von 2

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre schriftliche Frage mit der Arbeitsnummer 06/184 vom
17. Juni 2010 (Eingang im Bundeskanzleramt am 17. Juni 2010):

Sollen Kommunen, bzw. die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger,
bei der geplanten Wertstofftonne die Zuständigkeit für die Nicht-
Verkaufsverpackungen beibehalten?

wird wie folgt beantwortet:

In der Koalitionsvereinbarung für die laufende Legislaturperiode ist vor-
gesehen, die Verpackungsverordnung zu einer Wertstoffverordnung wei-
terzuentwickeln und die Einführung einer Wertstofftonne zu prüfen. Die-
ser Weg wurde bereits mit der 5. Novelle der Verpackungsverordnung
eingeschlagen, die ausdrücklich die Miterfassung von stoffgleichen
Nicht-Verpackungen in der Gelben Tonne ermöglicht. Die flächende-
ckende Einführung einer Wertstofftonne wird mit der vorgesehenen Ver-
ordnungsermächtigung im Rahmen der Novelle des Kreislaufwirtschafts-
und Abfallgesetzes vorbereitet.

Bevor an konkrete Regelungen gedacht werden kann, müssen jedoch
noch offene Fragen beantwortet werden. Unter anderem ist zu klären,
wer zukünftig die Verantwortung und damit auch die Kosten für Erfas-
sung, Sortierung und Verwertung von Nicht-Verpackungen tragen soll.

Katherina Reiche
Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT
Alexanderstraße 3
10178 Berlin

POSTANSCHRIFT
11055 Berlin

TEL +49 3018 305-2040
FAX +49 3018 305-2049

Katherina.Reiche@bmu.bund.de
www.bmu.de



Seite 2 von 2

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit wird diese und weitere Fragen im Rahmen von Forschungsvorhaben und im Dialog mit den beteiligten Kreisen klären.

Dies entspricht auch der Bitte der 74. Umweltministerkonferenz vom 11. Juni 2010, die Einführung einer Wertstofftonne auch mit Blick auf "Regelungen zur Systemträgerschaft (Kommunen und/oder Duale Systeme)" und die Frage der Finanzierung im Rahmen des vorgesehenen "Planspiels" zur Weiterentwicklung der Verpackungsverordnung zu prüfen.

Mit freundlichen Grüßen

Katzenia Rüdke